



# DAS ROTE TUCH

## BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

### Erdbeben in der Türkei und Syrien: Eine fürchterliche Katastrophe dramatisch verschlimmert durch Profitgier und Krieg

Die Folgen des schweren Erdbebens sind schrecklich: Am 16. Februar waren es schon über 42.000 Tote, und es werden jeden Tag mehr. Über Hunderttausend sind verletzt und Millionen Menschen obdachlos geworden. Sie haben alles verloren und sitzen in der Kälte auf der Straße.

Viele von ihnen hätten die ersten Tage nicht überlebt ohne die enorme spontane Hilfe aus der einfachen Bevölkerung, die sie aus den Trümmern gezogen haben und sie mit Decken, Essen, Trinkwasser und Medikamenten versorgen.

Das Epizentrum des Erdbebens lag in der Türkei. Hier hat das Erdbeben daher die schlimmsten Verheerungen angerichtet. Doch auch in Syrien sind Millionen Menschen betroffen. Und in beiden Ländern wächst von Tag zu Tag die Wut auf die Herrschenden. Denn eines ist klar: Dass so viele Menschen sterben mussten, war keine „Naturkatastrophe“.

Wie viele Menschen hätten in Syrien gerettet werden können, wenn die Menschen nicht mit bloßen Händen nach Verschütteten hätten graben müssen? Stattdessen stirbt nun selbst ein Teil derjenigen, die den Einsturz der Häuser überlebt haben.

Sie sterben, weil sie nicht medizinisch versorgt werden. Weil sie keine Zelte oder Decken gegen die Kälte haben. Weil es zu wenig Essen und kein Trinkwasser gibt. Denn schon vor dem Erdbeben gab es in Nord-Syrien (nach dem jahrelangen Krieg) kaum noch Krankenhäuser, Kläranlagen, Kraftwerke und andere lebenswichtige Infrastruktur für die Bevölkerung. Und selbst in der jetzigen katastrophalen Lage wurden die Grenzen nicht geöffnet.

Allein das Militär der USA verfügt über alle nötige Ausrüstung, um den Menschen mit allen nötigen Baugeräten, Wasser-Aufbereitungsanlagen, mobilen Zeltstädten und Krankenhäusern zu helfen. Doch die USA, ebenso wie Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Russland, haben ihr Militär lieber dazu genutzt, um Syrien mehrere Jahre lang zu bombardieren und mit Waffen

zu überhäufen. Sie haben damals versprochen, die Infrastruktur wieder aufzubauen. Doch nichts ist passiert.

Stattdessen haben sie im Norden Syriens ein Pulverfass hinterlassen, das regelmäßig explodiert. Mehrere (unter anderem mit deutschen Waffen) hochgerüstete Staaten und Milizen liefern sich immer wieder Machtkämpfe, die die Hilfe für die Erdbeben-Opfer noch schwerer macht. Das Ergebnis: Es gibt keine Bagger. Es gibt kaum Strom. Ja, ein Teil der Bevölkerung hat in den letzten Jahren kein einziges funktionierendes Krankenhaus gesehen, dafür aber... den neuen Leopard-2-Panzer!

Schon ein kleiner Teil der 2.000 Milliarden Dollar, die weltweit jedes Jahr für Rüstung ausgegeben werden, könnte die Menschheit vor den schlimmsten Folgen der meisten Naturkatastrophen bewahren: Wenn man dieses Geld für angemessene Gebäude, Infrastruktur und Katastrophenschutz nutzen würde, statt es für Waffen auszugeben, die noch zusätzlich Tod und Zerstörung bringen.

Doch in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geht es eben nicht danach, was der Menschheit nutzt, sondern was den Profit- und Machtinteressen der Herrschenden am besten dient – egal wie tödlich die Folgen sind.

Auch in der Türkei ist dies der Grund, warum das Erdbeben so viele Menschenleben gekostet hat. Da es dort regelmäßig zu Erdbeben kommt, müssten die Gebäude in der Türkei eigentlich wie in Japan gebaut werden. Und nach dem Erdbeben von 1999, das über 18.000 Tote gefordert hatte, wurden die Bau-Vorschriften auch massiv verschärft.

Doch die Bau-Unternehmen halten sich einfach nicht daran. Und Regierung und Behörden verschließen die Augen und kassieren dafür ordentlich Schmiergeld.

Dieser kriminellen Profitgier ist es geschuldet, dass ganze Neubau-Viertel und Hochhäuser wie Kartenhäuser einstürzten. Profitgier und Korruption ha-

ben Zehntausenden ihr Leben geraubt – und Millionen ihre Existenz.

Die Wut darüber ist riesig. Viele machen ihr über Twitter und andere Medien Luft. Sie schreiben „Das menschliche Leben hat keinen Wert.“ und fragen: „Wo ist der Staat, wenn es darum geht, uns zu schützen?“

Angesichts der großen Empörung auf die Regierung denkt die Regierung von Präsident Erdogan bereits darüber nach, die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen lieber zu verschieben, die eigentlich im Mai stattfinden sollen. Um die Wut von der Regierung abzulenken und so zu tun, als würde diese nun etwas ändern, hat Erdogan außerdem eine Reihe örtlicher Bau-Unternehmer verhaften lassen. Doch gleichzeitig werden im ganzen Land bereits die nächsten unsicheren Gebäude hochgezogen!

Die arbeitende Bevölkerung erlebt im Moment, wie wenig sie sich darauf verlassen kann, dass sich der Staat um ihren Schutz kümmert. Und eigentlich gilt das nicht nur für die Türkei. Fragen wir doch nur die Opfer der Flutkatastrophe im Ahrtal vor anderthalb Jahren: Viele von ihnen warten bis heute vergeblich auf die versprochenen finanziellen Hilfen – obwohl der deutsche Staat viel reicher ist als der türkische. Und wie oft steht auch bei uns der Profit über Sicherheit und Gesundheit der Arbeitenden, Anwohner und Verbraucher? Nur dass es hier meist versteckter passiert.

In diesem menschenverachtenden kapitalistischen System steht der Schutz der Reichen und ihrer Profitinteressen immer und überall an erster Stelle. Und deren Schutz lässt sich nicht vereinen mit dem Wohl der einfachen Bevölkerung.

Um immer neue Katastrophen zu verhindern, muss man diesem Profitsystem ein Ende setzen. Erst wenn sich die arbeitende Bevölkerung die Macht erobert hat, selber alle wesentlichen Entscheidungen gemeinschaftlich zu treffen und kontrollieren, dann kann der Schutz und das Wohl der Bevölkerung wirklich an erster Stelle stehen.

## EU-Gipfel: Bald eine Berliner Mauer um ganz Europa?

Das katastrophale Erdbeben hat uns daran erinnert, was für grausame, lebensfeindliche Bedingungen in Syrien weiterhin herrschen. Und in anderen Ländern sieht es nicht besser aus. Immer mehr Kriege und Zerrüttung, Naturkatastrophen, Hungersnöte: Kann es einen da wundern, dass Menschen verzweifelt versuchen, nach Europa zu fliehen und nichts, auch keine noch so große Gefahr und kein noch so unüberwindlicher Grenzzaun um Europa sie davon abhalten können? Es ist ihre einzige Hoffnung auf einen Ausweg, auf eine Zukunft.

Doch die einzige Antwort, die der jüngste EU-Gipfel am 9. und 10. Februar darauf gab, bestand erneut darin... weitere Millionen zu „investieren“, um an den EU-Außengrenzen noch mehr Wachtürme zu errichten, noch mehr elektronische Überwachungskameras und Grenzpolizei zu postieren und noch mehr Geflüchtete wieder ins Elend zurückzutreiben.

Dabei werden die Geflüchteten schon jetzt vor der griechischen Küste auf offene Meer zurückgetrieben, wo sie zu ertrinken drohen. Schon jetzt werden sie

in Osteuropa im Niemandsland an der Grenze festgehalten – selbst wenn sie erfrieren. Schon jetzt werden Geflüchtete auf dem Mittelmeer gestoppt und der berüchtigten libyschen Küstenwache übergeben, die sie nicht selten vergewaltigt und als Sklaven verkauft.

Schon jetzt sehen 2.000 Kilometer EU-Außengrenze aus wie die Berliner Mauer: mit Stacheldraht, Wärmebildkameras und bewaffneter Grenzpolizei. Schon jetzt werden die Geflüchteten zurückgeprügelt und teilweise tödlich verletzt, wenn sie versuchen, den Stacheldraht zu überwinden. Und was kommt als nächstes? Dass die Grenzpolizei offen auf die Geflüchteten schießt, die sich der Grenze nähern?

Es ist ein regelrechter Krieg, den die Herrschenden hier gegen die Ärmsten der Armen führen – ein Krieg, in dem sie uns, die arbeitende Bevölkerung in Europa, zu Komplizen machen wollen. Doch wir werden unsere Lebensbedingungen nicht retten, indem wir uns gegen die hetzen lassen, die noch ärmer sind als wir. Wir werden uns nur retten können, wenn wir uns mit ihnen vereinen – gegen die Reichen, gegen die herrschende Klasse, die überall für Krise, Armut und Krieg verantwortlich ist.



Griechisch-Türkische Grenze: Eine der Mauern, die Europa abschotten sollen

## Großbritannien: Ohne Worte

In Großbritannien gibt es in diesem Winter extra „Wärme-Banken“. Das sind extra geheizte Räume, die die Kommunen zum Aufwärmen zur Verfügung stellen: für die hunderttausenden Familien, die die astronomisch gestiegenen Heizkosten nicht mehr bezahlen können.

Gleichzeitig hat der britische Energiekonzern Shell verkündet, dass er einen Rekordgewinn eingefahren hat, von 40 Milliarden Dollar.

Finde den Fehler!

## Für die Ukrainer: Wohnungen und KITAS statt Panzer!

Knapp eine Million Menschen sind im letzten Jahr aus der Ukraine nach Deutschland geflohen. Die Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung, um sie und die anderen Geflüchteten vernünftig unterzubringen – ganz zu schweigen davon, den Erwachsenen Deutschkurse und den Kindern Kita- und Schulplätze sowie Förderunterricht zu ermöglichen.

Doch das Ergebnis des Treffens zwischen der Bundesregierung und den Kommunen war eindeutig: Die Regierung hat nicht vor, hierfür auch nur einen Cent zusätzlich auszugeben!

Keinen weiteren Cent für die Opfer des Krieges – während der deutsche Staat immer größere Milliardenbeträge für Waffenlieferungen an die Ukraine ausgibt, die Krieg und Schrecken weiter befeuern.

Aber dieses Geld gibt die Regierung gerne aus. Es landet ja schließlich bei den „Richtigen“... nämlich in den Taschen der deutschen Rüstungskonzerne.

## Cholera: Krankheit des Hungers und des Elends

In immer mehr Ländern kommt es in den letzten Monaten zu Cholera-Ausbrüchen: Libanon, Haiti, Kongo, Syrien, Malawi, Somalia, Sudan, Afghanistan... Millionen Menschen sind im letzten Jahr an ihr erkrankt und über Hunderttausend gestorben.

Die Cholera wird durch ein Bakterium im Wasser hervorgerufen. Durch einfache Maßnahmen wie sauberes Trinkwasser, ausreichend Ernährung und Zugang zu Impfung und Medikamenten kann sie quasi ausgerottet werden – und war es in vielen Ländern sogar.

Dass sie sich nun wieder vermehrt ausbreitet, spricht Bände über die Lebensbedingungen und Perspektiven, die der Kapitalismus einem wachsenden Teil der Menschheit im 21. Jahrhundert zu bieten hat.

## Streiks: Wer die Preise erhöht, muss auch die Löhne erhöhen!

In ganz Deutschland haben viele Arbeitende bei Bus und Bahn, in den Kitas, bei der Müllabfuhr, an den Flughäfen, in den städtischen Krankenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen für ein bis zwei Tage die Arbeit niedergelegt. In ihren großen, entschlossenen Warnstreiks fordern sie mindestens 500 Euro mehr im Monat – damit die Löhne endlich den steigenden Preisen folgen.

Bei der Post ihrerseits kämpfen die Kolleginnen und Kollegen für 15% mehr Lohn. Der Vorstand der Post (die 8,4 Milliarden Euro Gewinn gemacht hat !) hat jedoch arrogant erklärt, es sei doch nicht die Aufgabe der Unternehmen, die steigenden Preise auszugleichen. Er hat die passende Antwort erhalten. Nach mehreren massiven, mehrtägigen Warnstreiks wollen die Kolleginnen und Kollegen hier nun unbefristet streiken.

\* \* \* \* \*

Überall ist es dasselbe: Unternehmer und Regierung versuchen uns einzureden, dass wir – die einfache Bevölkerung – die extrem steigenden Preise hinnehmen müssten. Dass wir hinnehmen müssten, von unserem Lohn, unseren Sozialleistungen oder unserer Rente immer weniger bezahlen zu können. Dass wir hinnehmen müssten, ärmer zu werden – während sich die reichsten Konzerne und ihre Besitzer an den steigenden Preisen gnadenlos bereichern.

Die Streikenden wollen dabei nicht mitspielen. Sie fordern, was wir alle brauchen: Dass die Löhne genauso viel steigen wie die Preise. Allein schon deshalb ist ihr Kampf auch unser Kampf!



## Ford-Köln: Kein zweites Opel!

Ford will in Köln und Aachen 2.300 Arbeitende entlassen. Allein im Entwicklungszentrum – wo neue Bauteile und Automodelle entwickelt werden – sollen 1.700 der 3.600 Beschäftigten in den nächsten drei Jahren ihre Arbeit verlieren. Und sie sind nicht die ersten: In den letzten drei Jahren hat der Ford-Konzern bereits an die 6.000 Arbeitsplätze allein in Deutschland vernichtet, vor allem in der Produktion.

Der Ford-Konzern hat im letzten Geschäftsjahr über 10 Milliarden Dollar Reingewinn gemacht und seine Autoverkäufe gesteigert. Doch die Bosse von Ford wollen nicht ihre jahrelangen Milli-

ardengewinne antasten, um die Kosten für die derzeitigen Umstrukturierungen (z.B. den Ausstieg aus dem Russlandgeschäft oder die Umstellung auf E-Autos) zu bezahlen. Stattdessen soll drastisch bei den Arbeitenden gespart werden – damit die Gewinne weiter sprudeln. Es gibt keinen Grund, dies hinzunehmen!

Doch statt zumindest alles zu versuchen, um Widerstand zu organisieren, hat der IG Metall-Betriebsrat der Vereinbarung zugestimmt – mit dem Argument, die Arbeitsplätze würden „sozialverträglich“ abgebaut, weil die Betroffenen... eine Abfindung bekommen. Er hat sogar ernsthaft erklärt, die Vereinbarung würde

„den Grundstein für eine echte Zukunft legen“, weil dann betriebsbedingte Kündigungen (auf dem Papier) bis 2032 ausgeschlossen wären. So hat es Opel Bochum auch immer gemacht: Bei jeder Entlassungswelle gab es zur Beruhigung für die Übrigen eine „Beschäftigungsgarantie“ – die so viel wert war wie das Papier, auf dem sie stand. Bis das Werk am Ende ganz geschlossen wurde.

Wir haben nur eine einzige Chance auf eine „echte Zukunft“: Wenn wir Arbeitenden uns bewusst werden, dass es keinen anderen Weg gibt, als zu kämpfen – und den Kapitalisten entschlossen die Stirn zu bieten.

## Wo sind unsere Renten?

Die Zahl derjenigen, die nur eine Armutsrente bekommen und Grundsicherung beantragen mussten, ist im letzten Jahr um 12% gestiegen!

Das ist das Ergebnis davon, dass viele von ihnen in Niedriglohn-Jobs, Teilzeit oder Leiharbeit gezwungen wurden. Und dass die Regierung das Rentenalter so stark angehoben hat, dass viele mit Abzügen in Frührente gehen müssen: weil sie gesundheitlich nicht so lange arbeiten können – oder niemand sie mehr einstellt.

Profittiert haben davon die Kapitalisten, die uns so noch mehr ausgepresst und weniger Geld in die Rentenkassen gezahlt haben... und auch dadurch ihre Gewinne weiter erhöht haben. Sie sollen nun gefälligst auch für vernünftige Renten sorgen!

## Die Antwort auf Armutsrenten

In Frankreich will die Regierung jetzt ebenfalls das Rentenalter erhöhen. Bis zu 2,5 Millionen Arbeiter\*innen haben in den letzten Wochen dagegen mehrfach gestreikt und demonstriert.

Die Regierungen lernen von ihren Nachbarn. Vielleicht sollten wir dies auch tun.

## Vonovia: Erpressern das Handwerk legen

Vonovia hat angekündigt, alle Bau-Vorhaben für 2023 zu stoppen – obwohl es dramatisch an Wohnungen mangelt, ganz besonders an Sozialwohnungen.

Doch wegen der steigenden Preise und Zinsen wären die Profite nicht mehr so hoch, die Vonovia mit diesen Wohnungen machen kann. Daher bauen sie lieber gar nicht. Was kümmern sie die Leute, die in den Großstädten keine bezahlbare Wohnung mehr finden!

Obwohl: In einem Nebensatz hat dieser milliardenschwere Konzern fallen lassen, er würde vielleicht doch bauen... wenn die Regierung ihnen dafür so viel Geld zahlt, dass die Gewinne wieder stimmen.

So was heißt Erpressung. Aber bei Konzernen ist das ja legal – und üblich.

## Dänemark: Mehr arbeiten, um die Armee zu finanzieren?

Am Sonntag, den 5. Februar, hat Dänemark eine der größten Demonstrationen seit Jahren erlebt.

In diesem Land von 6 Millionen Einwohnern gingen Zehntausende gegen die Pläne der Regierung auf die Straße, einen Feiertag zu streichen. Alle sollen einen Tag mehr arbeiten, um damit eine Erhöhung des Militärhaushaltes um 430 Millionen Euro zu finanzieren.

Auch die dänische Regierung will sich an der gefährlichen Spirale der Aufrüstung beteiligen, die irgendwann in einen allgemeinen Krieg zu münden droht. Und sie will speziell mit dieser Maßnahme die Arbeitenden auch daran gewöhnen, dass sie hierfür die Opfer zu erbringen haben. Angefangen damit, dass sie „für die Verteidigung des Landes“ mehr arbeiten sollen.

Die vielen Demonstranten haben dieser Propaganda einen Strich durch die Rechnung gemacht.



Massenprotest in Kopenhagen

## Zwei Seiten einer Medaille

Die Deutsche Bank hat im letzten Jahr den höchsten Gewinn seit der Finanzkrise vor 15 Jahren gemacht: 5,7 Milliarden Euro. Auch die Commerzbank feiert ihr bestes Ergebnis seit der Finanzkrise. Kein Wunder!

Die Banken haben eifrig bei den Börsen-Spekulationen auf Energie, Nahrungsmittel und Rohstoffe mitgemischt und kräftig an deren explodierenden Preisen verdient. Außerdem sind die Zinsen gestiegen, weshalb sie noch mehr an allen verdienen, die bei ihnen einen Kredit aufgenommen haben.

Anders gesagt: Genau das, was uns im letzten Jahr ärmer gemacht hat, hat die Aktionäre der Banken... reicher gemacht.

## RWE: Fehlbuchung

Der RWE-Konzern hat 2022 seine Gewinne verdoppelt – auf über 3,2 Milliarden Euro netto.

Falls sich jemand gefragt hat, wo das Geld landet, dass wir für die massiv gestiegenen Stromrechnungen ausgeben müssen: Da ist es!

Und von da können wir es auch zurückholen.

## Meister der guten Ideen?

Einzig deshalb, weil in der Tech-Branche die Milliarden nach den Rekordjahren der Pandemie jetzt nicht mehr ganz so schnell auf die Konten der Firmen-Besitzer fließen, kündigt dort in den letzten Wochen ein Konzern nach dem anderen Massenentlassungen an: 11.000 Entlassungen bei Facebook (Meta), 18.000 bei Amazon, 12.000 bei Google, 10.000 bei Microsoft, 7.000 bei Disney, 3.000 bei SAP, 2.000 bei Paypal...

Einige dieser Kapitalisten – wie Bill Gates oder Marc Zuckerberg – wurden uns gerne als vorbildliche Kapitalisten präsentiert, die ihre Milliarden einzig ihren „genialen Geschäftsideen“ (und nicht ihren hunderttausenden Beschäftigten) zu verdanken hätten – und die „paradiesische Arbeitsbedingungen“ mit Fitness-Studio, kostenlosen Getränken und gemütlichen Sofa-Ecken bieten würden.

Einmal mehr zeigt sich heute, dass es im Kapitalismus keine Insel der Glückseligkeit gibt.

Die kann es nur ohne ihn geben – und damit ohne Multimilliardäre, die das Recht haben uns Arbeitende erst für ihren Profit auszubeuten und dann von heute auf morgen die Existenzgrundlage zu rauben.

### Wollen Sie uns erreichen?

#### DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de)

Telefon: 0151-55570980

[www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org)

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 13€ pro Jahr!